

Argentinien sucht den wirtschaftlichen Anschluss

14.06.2019

Auf einen Blick

An der Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission zwischen der Schweiz und Argentinien ist gestern besonders betont worden, dass das grosse südamerikanische Land nach Jahren der wirtschaftlichen Isolation wieder den Zugang zu den Weltmärkten sucht. Dazu soll auch das Efta-Mercosur-Freihandelsabkommen dienen, über das gegenwärtig verhandelt wird.

Unter der Leitung von Seco-Botschafter Erwin Bollinger sind im Rahmen der Gemischten Wirtschaftskommission (GWK) Schweiz-Argentinien die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern intensiv diskutiert worden. Argentinien weist mit 40 Millionen Einwohnern einen interessanten Binnenmarkt auf – und nach vielen Jahren der zunehmenden Abschottung hat das Land grossen Nachholbedarf. So bestehen ambitionierte Eisenbahnprojekte, denn die Gütertransporte sind heute viel zu langsam, was gerade für die exportabhängige Agrarwirtschaft mit grossen Nachteilen verbunden ist. Auch bei den erneuerbaren Energien oder der Öl- und Gasförderung ist das Land an einer Zusammenarbeit mit Schweizer Unternehmen interessiert.

Doch trotz der bereits erfolgten Verbesserungen und des Reformwillens der Regierung sehen sich die Schweizer Unternehmen auch mit Problemen konfrontiert. Hier stiessen die Unternehmensvertreter in der GWK auf offene Ohren. Betroffen sind vor allem die Patentverfahren, Vorauszahlungen von Steuern, die Finanzierung von KMU, überhöhte Importzölle für Lebensmittel und Uhren oder die Anerkennung von Bioprodukten.

Mehrfach betont wurde auf argentinischer Seite unter der Leitung von Staatssekretär Horacio Reyser Travers der Wille, noch dieses Jahr das Freihandelsabkommen mit den Efta-Staaten abzuschliessen. Man verspricht sich von solchen Abkommen, den Anschluss an die Weltwirtschaft wieder zu finden. Der Weg zu diesem Ziel wird nicht leicht sein: Innert dreier Jahre betrug die argentinische Inflation 100 Prozent. Die Früchte der Reformen sind noch nicht gereift – und im Oktober stehen Wahlen an.